

Politische Bücherlandschaft bereichert

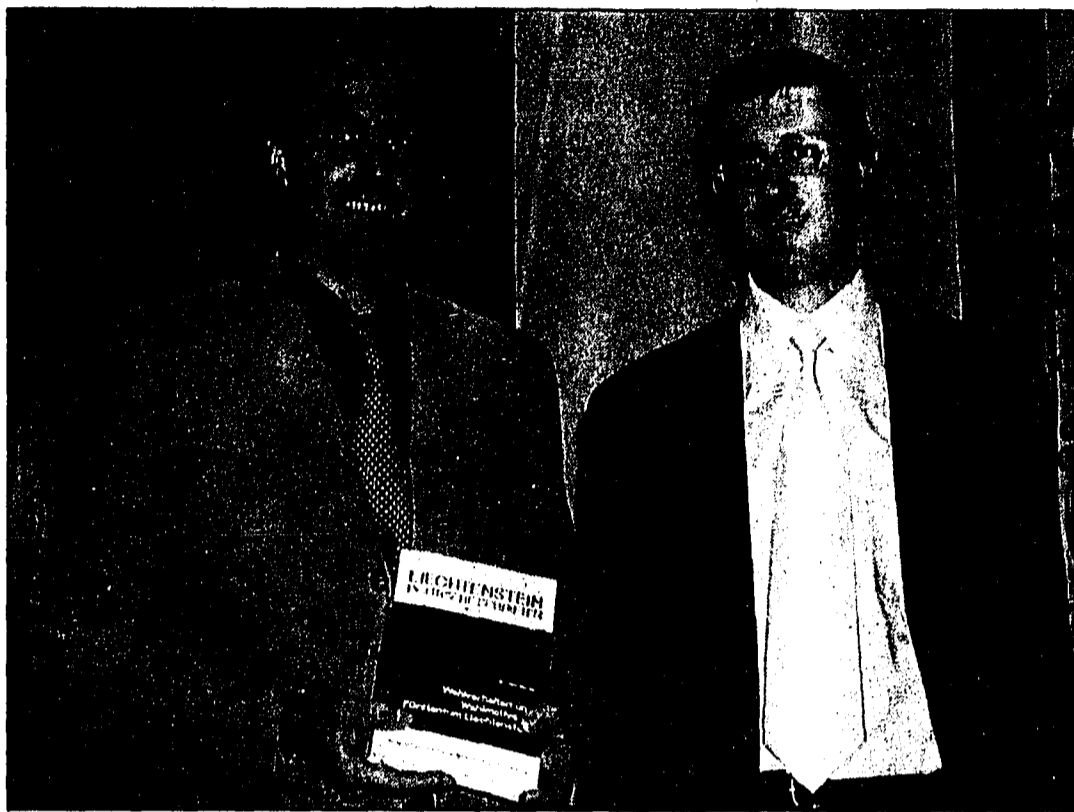
Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft präsentierte zwei neue Publikationen

Die Bücherlandschaft Liechtensteins wurde gestern um zwei hervorragende Werke bereichert. Der Verlag der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft konnte mit den Dissertationen von Dr. Wilfried Marxer und Dr. Christian Gstöhl zwei Werke präsentieren, welche sich nahtlos in die qualitativ hochstehende Reihe der «politischen Schriften» eingliedern werden.

Peter Kindle

Lobende Worte für die neu publizierten Werke fand der Vizepräsident der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft, Arthur Brunhart, bei der Begrüssung der rund 80 Gäste im Liechtenstein-Institut, welche mit grossem Interesse und Spannung den Ausführungen der Dissertationsautoren folgten.

Dr. Wilfried Marxer dissertierte mit dem Thema «Wahlverhalten und Wahlmotive im Fürstentum Liechtenstein» an der Universität Zürich. Die zahlreich anwesenden Politiker aus Land und Gemeinden folgten – selbstverständlich auch im Hinblick auf die kommenden Landtagswahlen – den empirischen Erhebungen, welche nun erstmals in der politischen



Die beiden Autoren präsentieren ihre Werke: Dr. Wilfried Marxer (links) und Dr. Christian Gstöhl stellten ihre Publikationen den interessierten Besuchern im Liechtenstein-Institut vor. (Bilder: bak)

Geschichte Liechtensteins Auskünfte über das Wahlverhalten gibt. Die Dissertation von Dr. Wilfried Marxer entstand nicht ausschliesslich aus theoretischen Eigenrecherchen, sondern 769 Personen wurden in Interviews befragt, um eine repräsentative Analyse anfertigen zu können.

Sozialpsychologische Prägung

Herr und Frau Liechtenstei-

ner sind von einer signifikanten Parteienprägung gezeichnet, ist ein Resultat, welches Dr. Wilfried Marxer bei der Erarbeitung seiner Dissertation belegen konnte. In Liechtenstein herrsche eine grosse Parteiloyalität, die Wiederwahlquote sei sehr gross, betonte der Autor bei der Präsentation seines Werkes. So spiele die Familientradition eine bedeutende Rolle im Wahlverhalten. Bei der analysierten Landtagswahl von 1997 sei klar zum Ausdruck gekommen, dass die Parteiloyalität bei der FBP um einiges schwächer gewesen sei, als bei der VU. «Es ist aber nicht nachweisbar, ob dies nur 1997 so war, oder auch schon früher», so Dr. Wilfried Marxer. Kurzfristige Faktoren seien für Liechtensteinerinnen und Liechtensteiner kaum ausschlaggebend für das Wahlverhalten. Die Wahl eines Parteiprogrammes oder eine Persönlichkeitswahl seien nicht die ausschlaggebenden Faktoren. «Vielmehr spielt in Liechtenstein das Motiv, eine Partei zu wählen», erläuterte der Autor. Interessantes Detail beim Wahlverhalten stellt auch die relativ geringe Anzahl (11 Prozent) von Wechselwählern dar, wobei Frauen,

Junge und Parteilose zu dieser sogenannten Volatilität neigen. Zusammenfassend stellte der Autor fest, dass Liechtenstein über eine hohe Stabilität bei Parteien, Wahlverhalten und politischem System verfüge. Es

zeige sich eine deutliche Homogenität im Bereich der Parteienideologie. Das Wahlverhalten zeige Tradition mit Modernisierungstendenz.

Konstruktive Kritik, trotz Funktionstauglichkeit

Dr. Christian Gstöhl dissertierte mit seinem Werk «Das Recht auf einen ordentlichen Richter in der liechtensteinischen Verfassung» an der Universität Fribourg.

Das Recht auf einen ordentlichen Richter stelle das unabdingbare Fundament eines funktionierenden Rechtsstaates dar, stellte der Autor fest. In Liechtenstein funktioniere dieses System sehr gut, jedoch nutzte der Autor innerhalb der Dissertation auch die Gelegenheit, kritische Punkte aufzuzeigen.

So zeigte Christian Brunhart auf, dass diese Norm häufigen gerichtlichen Überprüfungen unterzogen werden müsse. Diese Überprüfungen betreffen einerseits die Judikative, Exekutive und Legislative, aber andererseits auch den Landesfürsten.

Die Verfassung räumt neben dem Recht auf einen ordentlichen Richter in Artikel 12 dem Landesfürsten neben der Kom-

petenz der Begnadigung auch das so genannte Begnadigungsrecht ein. Dieses, so Dr. Christian Gstöhl, dürfe gemäss seiner Analyse nicht angewandt werden. «Dieses Recht bedeutet einen Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit, der Willkür Tür und Tor geöffnet», so der Autor. Dieses Niederschlagsrecht des Landesfürsten habe die Bedeutung einer «mittelalterlichen Kabinettsjustiz», welche im Verlauf der anstehenden Verfassungsänderungen noch beseitigt werden könne.

Lesenswerte Literatur

Genau so wie die übrigen 29 Publikationen der politischen Schriften, sind auch die gestern präsentierten Werke absolut lesenswert. Nicht nur Experten bieten die gestern erschienenen Publikationen neue Erkenntnisse und Einblicke, sondern auch Laien, welche sich für politische Lektüre rund um unser Land interessieren.

Die beiden Bücher sind zu erschwinglichen Preisen ab Mitte Oktober in den Buchhandlungen oder bei der Auslieferungstelle des Verlags der Liechtensteinischen Akademischen Gesellschaft erhältlich.



Lobende Worte für die Autoren fanden Georg Kieber (links), Mitglied der Verlagsleitung, und LAG-Vizepräsident Arthur Brunhart.



Sowohl das Werk über das Wahlverhalten der Liechtensteiner, als auch die Dissertationspräsentation über das Recht auf einen ordentlichen Richter stiessen auf reges Interesse.

Frauen aus guten Gründen unterstützen

Wahlen 2001 – mehr Frauen in den Landtag: Referat von Dr. Iwan Rickenbacher

«Auch in der Schweiz ist der politische Acker für Frauen sehr hart», erklärte Gabi Jansen (infra) in ihrer Begrüssung zum Themenabend «Wahlen 2001 – mehr Frauen in den Landtag».

Iris Frick-Ott

Das Gleichstellungsbüro, der Verein Bildungsarbeit für Frauen und die infra hatten gestern Abend zu einem Referat und einer Podiumsdiskussion nach Bendorf geladen. Iwan Rickenbacher, ehemaliger Generalsekretär der CVP (Schweiz), zog in seinen Ausführungen Vergleiche mit seinem Heimatkanton Schwyz, in welchem bis 1988 der Frauenanteil im Kantonsrat gerade mal 4 Prozent betrug. Mit dem Christiane-Brunner-Effekt, durch deren vielschrittige Nichtwahl sich viele herausgefordert fühlten,

sei diese Zahl 1988 schlagartig auf 15 Prozent angestiegen. Anhand einer Analyse zeichnete der Politberater Iwan Rickenbacher das Bild des schweizerischen Wahlverhaltens der letzten Jahre, zu dem sich in Liechtenstein Parallelen finden. «Die Chancen gewählt zu werden, liegen bei den Männern bei 38 Prozent, bei den Frauen allerdings um einiges tiefer, bei 23 Prozent», so der Referent. Zu den Gründen zeichnete Iwan Rickenbacher die stereotypen Vorstellungen und Vorurteile auf, wonach Männer, mit einem Vorsprung von 4 Prozent, als sprachlich prägnanter beschrieben werden. Gar mit 14 Prozent, gemäss Umfrage im Kanton Schwyz, liegen die Männer in punkto Sachlichkeit vorne. «Wenn solche Vorurteile nicht zur Kenntnis genommen werden, hat dies verheerende Auswirkungen», so Iwan Rickenbacher.

cher. Aus der Studie geht weiters hervor, und das ist ein wichtiger Schritt Richtung Wahlvorbereitung, dass rund die Hälfte die Werbung und das

Vorstellen der Kandidat/-innen als wichtig einstufte. Immerhin 25 Prozent der Wählerinnen und Wähler entscheiden sich erst in der letzten Woche vor

der Wahl definitiv; weitere 20 nehmen sich dafür die letzten zwei Wochen vor. Zur Meinungsbildung diskutieren rund 41 Prozent öffentlich vor den

Wahlen oft; 40 Prozent gelegentlich, geht aus der Untersuchung weiter hervor. Zeit genug also, (auch) die Kandidatinnen vorzustellen. «Medienpräsenz», so Iwan Rickenbacher, «gehört zu den wichtigsten Wahlfaktoren». Und dabei hätten die Parteien die Aufgabe, die Frauen aus guten Gründen zu unterstützen – und das auch zwischen den Wahlen. Ausserdem müssten Stereotypen wie «familienvernachlässigende Politikerin» oder «radikale Feministin» korrigiert werden. An männlichen Karriere- und Rollenmustern ausgerichtet, haben Kandidatinnen de facto keine Chancen, gewählt zu werden.

Im Anschluss an das Referat von Iwan Rickenbacher fand eine interessante Podiumsdiskussion mit Politiker/-innen statt, über die wir in der morgigen Ausgabe berichten werden.



Gabi Jansen, infra, Helen Marxer-Bulloni, Verein Bildungsarbeit für Frauen und Bernadette Kubik-Risch, Gleichstellungsbüro (von links) konnten den Politberater Iwan Rickenbacher für den Diskussionsabend gewinnen. (Bild: bak)